

## Übersicht

über die vom Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft des Rhein-Sieg-Kreises in seiner 2. Sitzung am 28.01.2015 gefassten Beschlüsse:

TO.-Punkt	Beratungsgegenstand	Beschluss-Nr./Ergebnis	Abstimmungsergebnis
	<b>Öffentlicher Teil</b>		
1.	Niederschrift über die 2. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft am 28.11.2014	anerkannt	
2.	Genehmigungsverfahren für Windenergieanlagen in Bornheim (Antrag der FDP-Kreistagsfraktion vom 12.12.2014)	Kenntnisnahme	
3.	Beitritt des Kreises Neuwied und des Rhein-Lahn-Kreises zum Zweckverband "Rheinische Entsorgungskooperation" (REK)	08/15	einstimmig, 2 E. (FDP); Seite 7
4.	Gewässerschutz		
4.1.	Europäische Wasserrahmenrichtlinie - Aufgaben der Unteren Wasserbehörde des Rhein-Sieg-Kreises	Kenntnisnahme	
4.2.	Nitrat-Belastung im Grundwasser des Rhein-Sieg-Kreises (Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 25.11.2014)	Kenntnisnahme	
5.	3. Änderung des Landschaftsplanes Nr. 7 "Siegburg - Troisdorf - Sankt Augustin"	09/15	einstimmig, 1 E. (FDP); Seite 9
6.	Übersicht Biotoppflege- und Entwicklungsmaßnahmen 2014	Kenntnisnahme	
7.	Mitteilungen und Anfragen		
7.1.	Sachstand Bekämpfung der Herkulesstaude (hier: Anfrage der FDP-Kreistagsfraktion vom 05.01.2015)	Kenntnisnahme	
7.2.	Sachstand Gewässerentwicklung an der Sieg	Kenntnisnahme	
7.3.	European Energy Award - umweltgerechte Beschaffung	Kenntnisnahme	
	<b>Nichtöffentlicher Teil</b>		
8.	Mitteilungen und Anfragen		

## Niederschrift

über die in der 2. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft des Rhein-Sieg-Kreises am 28.01.2015 gefassten Beschlüsse:

---

**Sitzungsbeginn:** 16:00 Uhr  
**Sitzungsende:** 17.44 Uhr  
**Ort der Sitzung:** A 1.16  
**Datum der Einladung:** 19.01.2015  
**Einladungsnachtrag vom:** ---

### Anwesende Mitglieder:

#### Kreistagsabgeordnete CDU

Herr Oliver Baron  
 Frau Brigitte Donie  
 Herr Dr. Josef Griese  
 Frau Hildegard Helmes  
 Herr Hans-Peter Höhner  
 Herr Oliver Roth  
 Herr Martin Schenkelberg  
 Herr Matthias Schmitz

#### Kreistagsabgeordnete SPD

Herr Werner Albrecht  
 Herr Folke große Deters

#### Kreistagsabgeordnete GRÜNE

Frau Edith Geske  
 Herr Christian Gunkel i. V. für Abg. Hoffmeister  
 Frau Irmhild Schaffrin  
 Herr Wilhelm Windhuis i. V. für SkB Anschütz bis 17.15 Uhr

#### Kreistagsabgeordnete FDP

Herr Dr. Friedrich-Wilhelm Kuhlmann

#### Kreistagsabgeordnete FUW/Piraten

Frau Anja Moersch

#### Kreistagsabgeordnete NPD

Frau Ariane Christine Meise

#### Sachkundige/r Bürger/innen CDU

Herr Markus Bläser i. V. für SkB Vendel  
 Frau Elisabeth Keuenhof bis 17.15 Uhr  
 Herr Ludwig Rahmel  
 Herr Hanns Christian Wagner

2. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft am 28.01.2015		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Sachkundige/r Bürger/innen SPD

Herr Mario Dahm

i. V. für Abg. Studthoff

Frau Julia Gruneberg

Herr Ömer Kirli

i. V. für SkB Weißenberg

Herr Tobias Leuning

Sachkundige/r Bürger/innen FDP

Herr Hartwig Greunke

i. V. für SkB Smielick

Sachkundige/r Bürger/innen AfD

Herr Peter Kurth

i. V. für SkB Leiser

Sachkundige/r Bürger/innen DIE LINKE

Herr Raymund Schön

Stellv. Schriftführerin

Frau Regina Neidhardt

**Entschuldigt fehlten:**Kreistagsabgeordnete SPD

Frau Susanne Sicher

Frau Ursula Studthoff

Herr Markus Weißenberg

Kreistagsabgeordnete GRÜNE

Herr Burkhard Hoffmeister

Sachkundige/r Bürger/innen CDU

Frau Eva Vendel

Sachkundige/r Bürger/innen GRÜNE

Frau Lisa Anschütz

Sachkundige/r Bürger/innen FDP

Herr Klaus-Peter Smielick

Sachkundige/r Bürger/innen AfD

Herr Horst Leiser

**VertreterInnen der Verwaltung:**

Dezernent Schwarz

KBD Kötterheinrich

KVD Zimmermann

TA Bell

TA Lwowski

TA Schubert

TA Schuth

2. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft am 28.01.2015		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

**Gäste:**

Frau Decking (RSAG AÖR)  
Herr Hallerbach (Kreis Neuwied)  
Herr Kurz (Kreis Neuwied)  
Herr Fischbeck (Rhein-Lahn-Kreis)  
Herr Müller (Rhein-Lahn-Kreis)  
Herr van der Valk (Landwirtschaftskammer NRW)  
Herr Könen (Kreisbauernschaft)

2. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft am 28.01.2015		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

### Öffentlicher Teil

1	Niederschrift über die 2. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft am 28.11.2014	
---	--	--

Vorsitzender Abg. Dr. Griese eröffnete die 2. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft und begrüßte die Anwesenden.

Vorsitzender Abg. Dr. Griese fragte nach, ob es zur Niederschrift der letzten Sitzung noch Einwände gäbe. Hierzu gab es keine Einwendungen. Die Niederschrift gilt somit als anerkannt.

Es wurde festgestellt, dass SkB Greunke noch zu verpflichten sei. Vorsitzender Abg. Dr. Griese verlas den Verpflichtungstext:

**„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle des Kreises erfüllen werde.“**

Anschließend unterzeichnete SkB Greunke die vorbereitete Verpflichtungsniederschrift.

2	Genehmigungsverfahren für Windenergieanlagen in Bornheim (Antrag der FDP-Kreistagsfraktion vom 12.12.2014)	
---	--	--

Abg. Dr. Kuhlmann bat um Information, wenn das endgültige Ergebnis der Verwaltung hinsichtlich der geplanten Windenergieanlagen in Bornheim vorliege. Ansonsten sei der Antrag mit der Antwort der Verwaltung erledigt.

SKB Schön fragte an, welche anderen ähnlichen Verfahren hinsichtlich Windenergieanlagen noch liefen. KBD Kötterheinrich erklärte, dass im Moment nur im Bereich der Bauleitplanung noch Vorgänge aktuell seien. Es handele sich um Verfahren in Swisttal und in Meckenheim / Rheinbach (gemeindeübergreifendes Verfahren).

3	Beitritt des Kreises Neuwied und des Rhein-Lahn-Kreises zum Zweckverband "Rheinische Entsorgungskooperation" (REK)	
---	--	--

Frau Decking erläuterte anhand einer Präsentation die neu geplante Kooperation im Abfallbereich mit dem Kreis Neuwied und dem Rhein-Lahn-Kreis. Ab dem 01.01.2016 sollen Stoffströme aus den beiden neu hinzukommenden Kreisen auf den bestehenden Zweckverband REK übertragen werden. Dies führe auch zu einer beständigeren Auslastung der vorhandenen Anlagen im Zweckverband. Die Präsentation ergänze den der Einladung beigefügten Erläuterungstext und werde der Niederschrift beigefügt.

*(Hinweis der Schriftführerin: Die Präsentation ist dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügt.)*

Vorsitzender Abg. Dr. Griese bat Herrn Hallerbach als 1. Beigeordneten des Landkreises Neuwied um ein kurzes Statement. Herr Hallerbach erläuterte die

2. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft am 28.01.2015		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Entstehung und die Hintergründe der geplanten Partnerschaft mit dem Zweckverband REK von Seiten des Rhein-Lahn-Kreises und des Kreises Neuwied. Er wies darauf hin, dass sich über den kommunalen Schulterschluss die Kosten für den Bürger stabil halten ließen. In den Landkreisen Neuwied und Lahnkreis seien die Beschlüsse zur Teilnahme am Zweckverband REK schon positiv abgestimmt worden. Er sehe darin eine gute Grundlage für die Zukunft.

Abg. Wagner hob die verkehrsgünstigen Anschlüsse über die Autobahn hervor. Auch die Auslastung der MVA Bonn sei ein wichtiger Aspekt. Er schloss damit ab, dass die CDU die Erweiterung des Zweckverbandes positiv sehe.

Abg. Albrecht begrüßte den Beitritt der Kreise zum Zweckverband ebenfalls und fragte nach, ob die Abfälle nicht stärker gebündelt werden könnten. Weiterhin erkundigte er sich, ob die Errichtung einer Biogasanlage erwogen worden sei. Es interessiere ihn, ob schon über Anschlüsse weiterer Kreise wie z. B. des Kreises Ahrweiler gesprochen worden sei. Ferner stellte er die Frage, was zukünftig geplant sei, um auch langfristig eine Gebührenstabilität zu erreichen. Weiterhin sehe er es als überlegenswert an, die Stimmrechte nach Einwohnerzahlen in den Kreisen zu verändern.

Frau Decking erklärte zu den Fragen, dass eine Biogasanlage erwogen werde. Dies könne evtl. zukünftig möglich sein, wenn die Mitglieder des Zweckverbandes REK dies wünschten. Dann sei eine Kosten-Nutzen-Abwägung notwendig. Vergaberechtliche Gründe führten zu 1 Stimme pro Mitglied, unabhängig von der Anzahl der Einwohner. Dies sei nach derzeitigem rechtlichen Stand auch gut so.

Abg. Windhuis erklärte für die Fraktion der GRÜNEN die Zustimmung zum Beitritt der beiden Kreise. Er sehe hier eine erste Phase zur Erweiterung des Zweckverbandes, mit Möglichkeiten einer Ausweitung der Stoffströme innerhalb des Verbandes.

Abg. Dr. Kuhlmann stimmte von Seiten der FDP im Grundsatz zu. Er erkundigte sich danach, ob hinsichtlich der Müllgebühren für die Bürger des RSK schon Wirtschaftlichkeitsberechnungen vorlägen. Ihn würden hierzu nähere Zahlen interessieren. Weiter habe er mit § 7 der Satzung Probleme. Er befürchte, dass durch die Änderung der Mitgliederzahl in der Verbandsversammlung die kleinen Gruppen kein Mitbestimmungsrecht mehr haben würden.

Vorsitzender Abg. Dr. Griese wies darauf hin, dass die gestellten Fragen nicht im Umweltausschuss beantwortet werden könnten, da diese in anderen Beratungsgremien entschieden werden.

Abg. Schenkelberg ging ebenfalls auf die Stimmgewichtung ein. Er erklärte, dass eine Partnerschaft auf Augenhöhe sehr wichtig sei. Er bat um Auskunft, ob es durch die Ausweitung zu Engpässen im RSK kommen könne und erkundigte sich nach dem Abstimmungsverhalten der Stadt Bonn.

Frau Decking führte aus, dass unabhängig von den Beitritten der beiden Kreise die Müllgebühren stabil blieben. Engpässe beim Fuhrpark durch die Hinzunahme der Kreise gebe es nicht. Es werde ein neuer Standort für die Sammelfahrzeuge im Kreis Neuwied geschaffen. Es sei eher so, dass bei Ausfällen mehr Fahrzeuge zur Verfügung stünden.

2. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft am 28.01.2015		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Dezernent Schwarz wies darauf hin, dass die Gremien in der Stadt Bonn noch nicht getagt hätten.

Abg. Kurt fragte nach privatwirtschaftlichen Alternativen zum geplanten Zweckverband REK. Hierzu erläuterte Frau Decking, dass der Zweckverband nur ein Dach bilde. Das operative Geschäft laufe direkt zwischen den einzelnen Mitgliedern. Derzeit sei eine Monopolisierung in der privaten Abfallwirtschaft zu beobachten. Im Rhein-Sieg-Kreis gebe es außer der RSAG nur noch einen privaten Anbieter, und dies könne dazu führen, dass Preise überteuert würden. So habe das kostendeckende Angebot der RSAG den Zuschlag für die Abfuhr der Wertstofftonne erhalten. Dieses Angebot sei günstiger als vom Privatunternehmer gewesen.

SKB Schön fragte nach Maßnahmen zur Abfallvermeidung. Er bat um genaue Zahlen zu den Mengenströmen der einzelnen Abfallarten und darum, die einzelnen Anlagen in den verschiedenen Kreisen genauer zu benennen. Vorsitzender Dr. Griese erklärte, dass die Präsentation und damit die Informationen der Niederschrift beigefügt und rechtzeitig vor dem Finanzausschuss vorliegen würden. Darin seien die Zahlen und Anlagen enthalten.

Sodann rief Vorsitzender Dr. Griese zur Abstimmung auf.

**B.-Nr.**  
**08/15**

**Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft empfiehlt dem Kreisausschuss, dem Kreistag zu empfehlen, durch seine Vertreter in der REK-Verbandsversammlung die Satzung des REK zu ändern, um den Beitritt des Kreises Neuwied und des Rhein-Lahn-Kreises zu ermöglichen.**

**Abst.-**  
**Erg.:**

**Einstimmig mit 2 Enthaltungen FDP.**

4	Gewässerschutz	
---	----------------	--

4.1	Europäische Wasserrahmenrichtlinie - Aufgaben der Unteren Wasserbehörde des Rhein-Sieg-Kreises	
-----	--	--

KBD Kötterheinrich wies darauf hin, dass die Europäische Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) regelmäßig Tagesordnungspunkt im Umweltausschuss sei.

Den aktuellen Stand hinsichtlich der WRRL stellte TA Bell anhand einer Präsentation vor. Die Präsentation ist der Niederschrift beigefügt.

*(Hinweis der Schriftführerin: Die Präsentation kann im Internet unter [www.rhein-sieg-kreis.de](http://www.rhein-sieg-kreis.de) → Kreistag → Kreistagsinfosystem eingesehen werden.)*

Zur Präsentation fügte TA Bell noch hinzu, dass das Land Nordrhein - Westfalen neben den sogenannten Bewirtschaftungsplänen noch Umsetzungsfahrpläne habe. Damit werde ganz konkret festgelegt, welche Maßnahmen wann durchgeführt werden sollen. Das Monitoring für den 2. Zyklus beinhalte eine Bestandsaufnahme durch Experten, die z. B. den Gewässerzustand exakt aufnehmen würde. Dies umfasse die gesamte Situation des Gewässers.

Das Fazit des 1. Zyklus sei, dass sich in den letzten Jahren noch nicht viel getan habe. Es bedürfe einiger Zeit, bis die rechtlichen Umsetzungen erfolgten. Außerdem habe es durch den Passus der Freiwilligkeit Verzögerungen bei den Umsetzungen

2. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft am 28.01.2015		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

der WRRL gegeben. Viele haben gedacht, dass die Zielerreichung freiwillig sei. Die Zielerreichung werde durch das deutsche Wasserrecht aber gesetzlich vorgegeben. Die Freiwilligkeit beziehe sich ausschließlich auf die Methoden, mit welchen diese Ziele erreicht werden könnten. Die Landesregierung habe deshalb nach Ende des 1. Zyklus die Unteren Wasserbehörden aufgefordert, die Umsetzung der WRRL stringenter einzufordern.

Im Kreisgebiet würden die Gewässer Rhein, Sieg und Agger aus der Verantwortung der Unteren Wasserbehörde fallen, da es sich hierbei um Gewässer 1. und 2. Ordnung handelte. Zum Abschluss ihrer Präsentation ging TA Bell auf konkrete Beispiele, wie die Entfernung von Querbauwerken, naturnahe Entwicklung der Sülz oder des Naafbaches ein. Es gebe verschiedene Förderprogramme, die bei Gewässersanierungen und Sanierungen von Kläranlagen je nach Situation der Antragsteller die Kosten der Maßnahme in einem finanziellen Rahmen zwischen 80 bis zu 90 % (bei Kommunen, die sich in Haushaltssicherung befinden) übernehmen würden. Weitere Informationen hinsichtlich möglicher Förderungen seien auf der Internetseite des RSK zu finden. Bisher seien keine Fördergelder in Anspruch genommen worden.

4.2	Nitrat-Belastung im Grundwasser des Rhein-Sieg-Kreises (Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 25.11.2014)	
-----	--	--

Abg. Albrecht erklärte, dass er die schriftliche Antwort auf die SPD-Anfrage nicht als ausreichend erachte. Er hätte sich gewünscht, dass die Werte zur jeweiligen Nitratbelastung des Grundwassers auf die 19 Kommunen des RSK heruntergebrochen worden wären.

SKB Schön sah hier Schwierigkeiten, da man nur einzelne Messstellen habe. Er erhoffe sich aber Messreihen von diesen Messstellen.

Abg. Leuning fragte an, ob es für die Messstellen irgendwelche vorgegebenen Abstandhinweise bzw. Vorgaben gebe, die festlegten, wo eine Messstelle einzurichten sei.

KBD Kötterheinrich erklärte, dass sich die Untere Wasserbehörde (UWB) um erhöhte Werte kümmere und dort dann tätig werde. Deshalb sei eine Erfassung nach Kommunen für die tägliche Arbeit unerheblich. Eine Auswertungsreihe zu einzelnen Messstellen gebe es. Zu der Frage, ob es eine Vorgabe für Standorte gebe, bat er TA Schubert um eine kurze Stellungnahme. Grundsätzlich erfolgten Messungen und Neuerrichtungen für Messstellen nach Bedarf.

TA Schubert erläuterte, dass die Kriterien, nach denen Messstellen ausgewählt würden, schon alleine dadurch erfolgt seien, ob diese jeweilige Messstelle kontinuierlich Prüfwerte habe. Liege dies nicht vor, würde die Messstelle gar nicht zur Auswertung hinzugezogen. Also sei es notwendig, dass die Messstellen bestimmte Kriterien zu Messwerten erfüllt haben. Die aktuellen Werte seien aus dem Zeitraum 2010 bis 2013. Bei einer Auswertung in 4 Jahren könnten dabei schon wieder ganz andere Messstellen erfasst werden, je nachdem, welche Messungen in der Zwischenzeit erfolgt seien. Es sei auch schwierig, die Messwerte verschiedener Zeiträume miteinander zu vergleichen.

Abg. Wagner fragte für Swisttal an, wie häufig das Monitoring-Netz verändert werde. Hier habe es in den letzten Jahren erhebliche Nutzungsveränderungen weg von der

2. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft am 28.01.2015		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

4-jährigen Fruchtfolge mit Zuckerrüben hin zu Maisanbau für Biogas und Mastbetriebe jenseits der Kreisgrenze mit erheblichen Einträgen über Futter ins Kreisgebiet gegeben. Hierzu erklärte KBD Kötterheinrich, dass die Messstellen, welche bisher in diesem Gebiet vorhanden seien, sich historisch entwickelt hätten. Der Betrieb einer Messstelle koste viel Geld; von daher würden erst einmal vorhandene Messstellen genutzt. Ob für das angesprochene Gebiet neue geplant seien, müsse er erst beim Land erfragen. Er wies nochmals auf die der Einladung beigefügten Karten der Nitratbelastungen für NRW und den RSK hin. Es sei klar erkennbar, dass sich vor allem im linksrheinischen Bereich erhöhte Werte zeigten. Richtig sei auch, dass die UWB dafür verantwortlich sei, die erhöhten Werte der Grundwasserkörper im positiven Sinne zu verändern. Die UWB sei aber nur eine Regelbehörde. Dies führe zu Problemen, da die UWB den Verursacher ansprechen müsse, wenn Nährstoffeinträge stattfänden. Es sei aber oft nicht nachweisbar oder zuordenbar, wer der eigentliche Verursacher sei. Eine Veränderung der Werte im Grundwasser erfolge auch nur über sehr lange Zeiträume.

Vorsitzender Abg. Dr. Griese empfahl, die Landwirtschaftskammer zu einer der nächsten Ausschusssitzungen einzuladen. Diese solle dann die vorhandenen Beratungskonzepte insbesondere für die besonders belasteten Bereiche im linksrheinischen Kreisgebiet vorstellen.

5	3. Änderung des Landschaftsplanes Nr. 7 "Siegburg -Troisdorf - Sankt Augustin"	
---	--	--

Dezernent Schwarz erklärte, dass für den Landschaftsplan Nr. 7 „Siegburg - Troisdorf - Sankt Augustin“ die 3. Änderung anstehe und darüber abgestimmt werden solle. Es gehe um eine formelle Änderung, da dieser Bereich schon unter einstweiliger Sicherstellung stehe.

Abg. große Deters fragte an, wer die Hauptlast der Prüfung für die einstweilige Sicherung trage, die Bezirksregierung oder der Rhein-Sieg-Kreis. Dezernent Schwarz erklärte, dass die Bezirksregierung aufgrund der geringen Größe der Fläche dem Rhein-Sieg-Kreis die Abstimmung übertragen habe.

Abg. Geske fragte nach, warum es zur einstweiligen Sicherstellung gekommen sei. Dezernent Schwarz antwortete, dass eine einstweilige Sicherstellung durch geplante Baumaßnahmen notwendig geworden sei.

SKB Schön erbat nähere Auskünfte über die Art der Bauvorhaben. Dezernent Schwarz erklärte, dass es sich um private Erweiterungen in den jetzt geschützten Bereich hinein gehandelt habe.

Vorsitzender Dr. Griese bat sodann um Abstimmung über den vorliegenden Beschlussvorschlag.

**B.-Nr.**  
**09/15**

**Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft empfiehlt dem Kreis Ausschuss, dem Kreistag vorzuschlagen, die Durchführung der 3. Änderung des rechtskräftigen Landschaftsplanes Nr. 7 „Siegburg – Troisdorf – Sankt Augustin“ gemäß § 29 des Landschaftsgesetzes NW zu beschließen.**

**Abst.-**

2. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft am 28.01.2015		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

**Erg.: Einstimmig mit einer Enthaltung FDP.**

6	Übersicht Biotoppflege- und Entwicklungsmaßnahmen 2014	
---	--	--

Dezernent Schwarz bat TA Schuth um eine kurze Erläuterung der im Jahr 2014 stattgefundenen Pflegemaßnahmen von Seiten der Unteren Landschaftsbehörde (ULB).

TA Schuth wies im Rahmen seiner Präsentation darauf hin, dass es gesetzliche Verpflichtungen gebe, die die Grundlage für die Biotoppflege- und Entwicklungsmaßnahmen bilde. Anhand von Einzelbeispielen gab er einen kurzen Einblick über das gesamte Maßnahmenspektrum. Ein besonderes Augenmerk lenkte er dabei auf die Gehölzpflege. Die Gehölze würden durch die ULB regelmäßig zurückgeschnitten, um Ertragseinbußen auf landwirtschaftlichen Flächen, die daneben liegen zu vermeiden. Es handele sich dabei oft um Maßnahmen, die regelmäßig zu begleiten und nicht nur einmalig durchführbar seien. Er stellte auch das besondere Engagement der Hauptschule in Windeck im Rosbachtal für die Pflege einer Heideböschung dar. Hier erfolgte die Pflege über einen Pflegevertrag mit der Hauptschule und nicht durch professionelle Firmen.

Abg. Albrecht ging von den allgemeinen Pflegemaßnahmen direkt auf die Herkulesstaude ein. Er fragte an, welche Maßnahmen hier noch vorgenommen würden. Dies würde aber im Detail im nachfolgenden Tagesordnungspunkt zu behandeln seien. Er merkte auch die unterschiedliche Gewichtung der Pflegemaßnahmen zwischen dem links – und rechtsrheinischen RSK an. Der linksrheinische Bereich stehe im Nachteil. Auch fragte er zur geplanten Routenplanung im Naturpark Siebengebirge nach, ob es Seitens des Naturparkes hier finanzielle Unterstützung gebe.

TA Schuth erklärte, dass aufgrund der fehlenden Förderung durch das Land Nordrhein-Westfalen die Bekämpfung der Neophyten finanziell schwierig würde. Die verschiedene Gewichtung der Pflegemaßnahmen, die auch dem Text zu entnehmen sei, die der Einladung beigefügt wurden ergäbe sich aus den tatsächlichen Notwendigkeiten vor Ort.

Eine Änderung des Wegekonzeptes im Naturpark Siebengebirge sei geplant. Inwieweit sich der Verein daran finanziell beteilige, sei ihm nicht bekannt.

*(Hinweis der Schriftführerin: Die überwiegend aus Bildmaterial bestehende Präsentation kann im Internet unter [www.rhein-sieg-kreis.de](http://www.rhein-sieg-kreis.de) → Kreistag → Kreistagsinfosystem eingesehen werden.)*

7	Mitteilungen und Anfragen	
---	---------------------------	--

7.1	Sachstand Bekämpfung der Herkulesstaude (hier: Anfrage der FDP-Kreistagsfraktion vom 05.01.2015)	
-----	--	--

Vorsitzender Abg. Dr. Griese wies auf die Anfrage der FDP-Kreistagsfraktion vom 05.01.2015 zur Bekämpfung von invasiven Neophyten - insbesondere der Herkulesstaude -und die Bitte um Bericht durch Abg. Albrecht hin.

2. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft am 28.01.2015		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Dezernent Schwarz erklärte, dass er am Vortag ein abschlägiges Antwortschreiben der Bezirksregierung zum Förderantrag erhalten habe. Er trug den Inhalt des Antwortschreibens vor. Das Schreiben werde der Niederschrift beigelegt. Er fügte der Darstellung des Antwortschreibens eine erste Bewertung an. Eine finanzielle Verpflichtung des Rhein-Sieg-Kreises, ab 2018 die Kosten von bis zu 100.000 Euro pro Jahr allein zu tragen, sei bei der derzeitigen Haushaltslage nicht umsetzbar.

Abg. Dr. Kuhlmann zeigte sich enttäuscht über die abschlägige Benachrichtigung durch die Bezirksregierung. Er bat um Bewertung durch die Verwaltung.

SKB Schön wies darauf hin, dass nicht jedes Jahr eine hohe Summe zur Bekämpfung anzusetzen sei. Wenn eine vernünftige Anschubfinanzierung zur Bekämpfung erfolgt und der Bestand zu ca. 90 % beseitigt worden sei, würden sich die laufenden Kosten in den Folgejahren sicherlich reduzieren und nicht bei 100.000 Euro pro Jahr liegen.

Vorsitzender Abg. Dr. Griese schloss den Tagesordnungspunkt mit der Bitte um Stellungnahme zum Antwortschreiben in der nächsten Umweltausschuss-Sitzung.

*(Hinweis der Schriftführerin: Das Antwortschreiben der Bezirksregierung vom 27.01.2015 ist der Niederschrift als **Anlage 2** beigelegt.)*

7.2	Sachstand Gewässerentwicklung an der Sieg	
-----	---	--

Vorsitzender Dr. Griese bat um kurze Mitteilung zum Sachstand hinsichtlich des ständigen Tagesordnungspunktes zur Gewässerentwicklung an der Sieg.

Dezernent Schwarz erklärte, dass sich noch keine Neuigkeiten ergeben hätten. Die Bezirksregierung plane unverändert einen Erörterungstermin für den Sommer dieses Jahres.

7.3	European Energy Award - umweltgerechte Beschaffung	
-----	--	--

Vorsitzender Abg. Dr. Griese fragte, ob es Wortmeldungen zur Sitzungsvorlage gäbe.

SKB Schön interessierte sich dafür, wie viele Gelder für welche Projekte ausgegeben würden. Weiter ging er auf den Punkt II 1.2 Einzelfallregelungen Unterpunkt 3 ein und hinterfragte, weshalb eine Anlage eingebaut werden solle, die später nicht genutzt würde. Er bat um Prüfung des Punktes unter Berücksichtigung der DIN 1946 Teil 6.

Die Höhe der Vergabewerte bat KBD Kötterheinrich im Bau- und Vergabeausschuss zu erfragen, da dort die Posten beschlossen würden. Die Anmerkung zum vorgenannten Punkt hinsichtlich der Raumentlüftung müsse mit dem zuständigen Sachbearbeiter abgeklärt werden.

2. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft am 28.01.2015		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

**Ende des öffentlichen Teils**

2. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft am 28.01.2015		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

**Nichtöffentlicher Teil**

8	Mitteilungen und Anfragen	
---	---------------------------	--

Vorsitzender Abg. Dr. Griese stellte fest, dass keine weiteren Mitteilungen und Anfragen für den nichtöffentlichen Teil vorlägen.

Er bedankte sich bei den Anwesenden und beendete die Sitzung.

Dr. Josef Griese  
Vorsitzender

Regina Neidhardt  
stellv. Schriftführerin